

„Nachdem Wir, Georg Friedrich Alexander Carl Ernst August, Kronprinz des Königreichs Hannover, von dem Inhalte des Gesetzes vom 10. April d. J., die Aufhebung des §. 80 des Landtag-Verfassungsgesetzes betreffend, so wie des Gesetzes vom 5. September d. J., verschiedene Aenderungen des Landes-Verfassungsgesetzes betreffend, wie solche von des Königs, Unseres vielgeliebten Herren Vaters Majestät, gnädigst beliebt und nach erfolgter Zustimmung der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs vollzogen worden sind, genaue Kenntniß genommen haben: so erklären Wir, unter Zugunahme auf die am 1. August 1840 von Uns vollzogene Urkunde, damit Unseren Beitritt zu dem Inhalte dieser Gesetze, indem Wir zugleich das in Unserer eben erwähnten Erklärung niedergelegte Versprechen ausdrücklich erneuern. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Wappens. So geschehen Hannover, den 9. September 1848. (LS.) (unterz.) Georg.“

**Wien, 8. Februar.** Heute hat sich hier das Gerücht verbreitet, magyarische Insurgentenschaaren hätten die Festung Arad überfallen, erstürmt, den Commandanten Berger grausam ermordet und die Habe der Einwohner geplündert. Wenn ersteres möglich wäre, so könnte man letzteres glauben. Es bestätigt sich übrigens dieses Gerücht bis zur Stunde nicht.

\* **Kremsier, 6. Februar.** In der heutigen Sitzung des Reichstages wurden nachstehende Paragraphen der Grundrechte angenommen:

§. 11. Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, jedoch sind Volksversammlungen unter freiem Himmel vorläufig der Sicherheitsbehörde anzuzeigen, dürfen aber nur in Fällen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit untersagt werden. Keine Abtheilung der Volkswehr darf als solche über politische Fragen berathen oder Beschlüsse fassen. §. 12. Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, ohne alle behördliche Bewilligung Vereine zu bilden, in so fern Zwecke und Mittel der Vereinigung weder rechtswidrig noch staatsgefährlich sind. Die Regelung dieses Rechtes darf nur durch ein Gesetz geschehen.

### Italien.

**Rom, 1. Februar.** Die Schweizerregimenter in Bologna und Forlì erhielten in den letzten Tagen v. M. Ordre, durch die Marken nach den Neapolitanischen zu marschiren. Der Kommandirende General Latour, machte davon Anzeige bei den Behörden von Bologna, die ihn dringend ersuchten, nicht Folge zu leisten. Zugleich rotteten sich die Klubs und verschiedene daselbst stationirte Legionen zusammen, um den Abmarsch mit Gewalt zu hindern, während man zugleich eine Adresse „an die braven Schweizer“ erließ. Den letzten Nachrichten zufolge erklärte Latour, so weit nachgeben zu wollen, wie ihm die Kriegerehre erlaube. Das dürfte im gegebenen Falle nicht sehr weit sein! Auch läßt eine Note Muzzarelli's vermuthen, daß er seinen Abmarsch keineswegs ganz aufgeben werde; denn der Ministerpräsident beschwört im Namen der Menschlichkeit die großen Mächte, den Bürgerkrieg nicht zu gestatten, der durch jene Maßregel unvermeidlich werde.

Welche Lügen man dem Volke austischen kann, möge Ihnen ein hier gedruckter Bericht aus Gaeta zeigen, nach welchem der Papst auf einem französischen oder spanischen Dampfschiffe von dort entflohen war, aber von neapolitanischen Dampfern, die der König, von den fremden Gesandten für ihren Gefangenen verantwortlich gemacht, ihm nachschickte, gewaltsam zurückgebracht wurde.

Der über 80 Jahre alte General Zamboni ist zu 15 jähriger Galeerenstrafe verurtheilt. Dem Vernehmen nach giebt es ein Gesetz, nach welchem so alte Leute hier nicht mit dem Tode bestraft werden können; auch mochte man sich doch scheuen, dem Beschlusse über Einsetzung des Militärgerichts rückwirkende Kraft zu geben. Einer der für den General plaidirenden Advokaten soll mit großer Energie gesprochen und den Machthabern sehr herbe Wahrheiten gesagt haben. Auch die noch nicht abgeurtheilten Soldaten berufen sich mit Entschlossenheit auf ihren dem Papste und nicht den Ministern geleisteten Eid. —

Von den oft erwähnten Soldaten sind 2 zum Tode, 15 zu lebenslänglicher Galeere, andere zu 20 Jahren u. s. w. verurtheilt, doch sofort erstere zu 20 Jahren, die andern verhältnismäßig pardonirt. Zuehi wird durch Dekret der Regierungs-Kommission als Vaterlandsverrätther erklärt und allen Behörden aufgegeben, auf ihn zu fahnden: die Militär-Kommission aber beauftragt, sofort ihm den Prozeß zu machen und ihn auch in contumaciam zu verurtheilen. — Die Listen für ein Bataillon mobiler Nationalgarden mit 18 Monat Dienstzeit sind eröffnet.

### England.

Den 10. Febr. Der Unterstaatssecretair des auswärtigen Ministeriums hat an den Vorstand des Schag-Amts nachstehendes Schreiben, in Betreff der Zulassung Schleswig-Holsteinischer Schiffe in englischen Häfen, erlassen: „Im Auftrage von Viscount Palmer-

ston ersuche ich Sie, den Lords des Schag-Amts anzuzeigen, daß die Aufmerksamkeit der Regierung auf die in einigen britischen Häfen stattgehabten Unregelmäßigkeiten gelenkt worden ist, welche letzteren dadurch entstanden sind, daß Kapitaine von schleswigschen und holsteinischen Schiffen bei ihrer Ankunft in britischen Häfen ihre Schiffe als schleswig-holsteinische oder als deutsche Schiffe angegeben und auch sonst Schritte gethan haben, welche zeigen, daß sie ihre Schiffe nicht als der Krone Dänemark unterworfen betrachtet wissen wollten. Unter diesen Umständen hält Viscount Palmerston es für geeignet, die Lords des britischen Schag-Amts von der Ansicht der britischen Regierung in dieser Beziehung zu unterrichten. Es bestehen keine Verträge, welche den Handelsverkehr zwischen Großbritannien und dem Herzogthumern Schleswig und Holstein regeln, außer den zwischen der Krone England und dem Könige von Dänemark geschlossenen. Daher haben also, obgleich der König von Dänemark nicht König, sondern Herzog von Holstein und Schleswig ist, u. diese Local-Unterscheidungen nicht in den Verträgen bezeichnet sind, die Schiffe der Herzogthümer nur unter dem Charakter von dänischen Schiffen in den britischen Häfen Anspruch auf Zulassung, da kein Vertrag besteht, welcher ihnen ein Recht oder Privilegium in ihrem Localcharakter von schleswigschen oder holsteinischen Schiffen gibt. Die Zollbeamten haben daher den in englischen Häfen ankommenden schleswigschen und holsteinischen Schiffen zu erklären, daß sie nur unter den zwischen England und Dänemark abgeschlossenen Verträgen die Zollrechte zu genießen können. Dies bezieht sich auf die Erklärungen, daß solche Schiffe schleswigsche oder holsteinische oder schleswig-holsteinische sind; anders ist es jedoch, wenn von holsteinischen Schiffen erklärt wird, daß sie Deutsche sind, welche Erklärung anzunehmen nicht geeignet sein dürfte, da eine solche Erklärung diese Schiffe von den Wirkungen der mit Dänemark bestehenden Verträge ausschließen und sie gleichwohl in keinen andern Vertrag einschließen würde, da kein Vertrag zwischen der britischen Krone und Deutschland als solchem abgeschlossen ist, es auch gegenwärtig faktisch keinen Staat Deutschlands gibt, mit dem ein solcher Vertrag geschlossen werden könnte. Was die Holsteiner meinen, wenn sie sich für Deutsche erklären, ist, daß das Herzogthum Holstein einen Theil des deutschen Bundes bildet; Großbritannien hat aber niemals mit diesem Bunde einen Handelsvertrag geschlossen, und die Schiffe der Staaten, aus welchen derselbe bestand, sind nach ihrem respektiven nationalen Charakter als preussische, österreichische, hanseatische u. zugelassen, nach den jedesmaligen Verträgen, aber nicht unter dem Namen von deutschen Schiffen.“ Die britischen Zollbeamten sind in Folge dessen angewiesen, nach Maßgabe des vorstehenden Schreibens in dieser Beziehung zu verfahren. (Bei Lesung obigen Schreibens erinnern wir uns mit Schmerzen an die mangelhafte Vertretung unseres Gesamt-Vaterlandes im Auslande.)

Am 10. wird die Königin zur Feier des neunten Jahrestages ihrer Vermählung im Buckinghampalaste ein großes Banquet geben. Die Western Times will mit Bestimmtheit wissen, daß die Königin ein eigenhändiges Schreiben an Pius IX. gerichtet habe, worin sie ihr Bedauern über sein gezwungenes Exil ausspreche, und daß das bewaffnete Einschreiten Frankreichs zu Gunsten des Papstes von der britischen Regierung gutgeheißen worden sei.

### Als Abgeordnete zur ersten Kammer

wurden ferner, soweit uns bis jetzt bekannt geworden, in Westfalen und in der Rheinprovinz gewählt:

- für Münster: Director v. Beckedorff in Münster, D. Miling in Emsdetten, Steuer-Empfänger Bonnegut in Delfe;
- für Arnberg: von Bokum-Dolffs, Landrath zu Soest, von Bernuth, Geh. Justiz-Rath und vortragender Rath im Justiz-Ministerium zu Berlin, Voeking, Oberberg-Rath a. D. zu Trier;
- für Minden: Regierungs-Präsident von Borries hieselbst, D. L. G. Chef-Präsident Risler zu Raumburg, Colonius Meier zu Süd-Heimmern, Kreis Minden;
- für Köln: Rentner Heinrich von Wittgenstein, Gutbesitzer Phil. von Kempis zu Kendenich, Staats-Minister Lud. Camphausen;
- für die Kreise Mülheim, Wipperfürth u. s. : Professor Dahlmann, Landrath Schröder zu Guskirchen;
- für die Kreise Düsseldorf, Duisburg: Reichs-Minister von Becke-rath, Bank-Director Hansemann;
- für die Kreise Elberfeld, Solingen, Lennep: Geh. Rath L. Simon in Berlin, Ober-Präsident Eichmann, Consistorialrath Hüls-mann in Düsseldorf;
- für die Kreise Rees, Cleve, Geldern, Kempen: Professor Walter in Bonn, Appellations-Gerichtsrath von Ammon in Köln, Gutbesitzer vom Rath zu Lauersfort;
- für die Kreise Neuß, Grevenbroich, Gladbach, Grefeld: Bank-Director Hansemann, Geh. Rath Brüggemann;
- für die Kreise Aachen, Geilenkirchen, Heinsberg, Erkelenz, Jülich: Ober-Bürgermeister Pelzer in Aachen, Regierungsrath Riß in Aachen, Bürgermeister Jungbluth in Jülich;